

# Baruther Anzeiger

Beitrag mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart).  
Zentraldruck Nr. 17. — Pöfshofdrono: Berlin Nr. 345 40.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erfüllung des Bezugsgebotes.  
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“



Anzeigenpreis: Die festgepaßene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreifache Paßzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart).  
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutlich gezeichnete Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.  
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 6 Sonnabend, den 14. Januar 1928

## Millionenschwindel mit deutschen Reparationslieferungen.

Ungebillig französischer und deutscher Kaufleute verwickelt.  
Paris. Die französischen Behörden sind einem ansehenden, sehr umfangreichen Reparationswindel auf die Spur gekommen, der zu verschiedenen Verhaftungen führen wird.  
Die wenigen französischen Geschäftsleute, die auf Grund des Anwesens und des vorliegenden Abkommens auf Konto der Reparationszahlungen Sachlieferungen erhalten, sind dazu verpflichtet, den Gegenwert für diese Lieferungen an die französische Regierung über die Reparationskommission abzuführen, während die deutschen Lieferanten in ähnlicher Weise von der deutschen Regierung entschädigt werden. Die Kontrolle dieser Sachlieferungen liegt in Händen der Reparationskommission. Aus diesem etwas komplizierten Verfahren haben nun französische Kaufleute, die mit den deutschen Lieferanten unter einer Decke ständen, bedeutende Vorteile gezogen.  
Man spricht von einem Schaden von mehreren Millionen Francs, der durch diese Machenschaften der französischen Regierung entstanden ist. Die zuständigen Gerichtsbehörden haben sowohl in Paris als auch in Straßburg, Schlettstadt und Besançon zahlreiche Hausdurchsuchungen durchgeführt und eine Menge von Rechnungsbüchern, Kontoauszügen und anderen Dokumenten beschlagnahmt. Die Operation soll fortgesetzt werden. Man erklärt, daß die Zahl der betrügerischen Kaufleute nicht über 15 hinausgeht.  
Der in Frankreich aufgedeckte Reparationswindel ist auch Gegenstand der Untersuchung auf deutscher Seite. Es ist von den maßgebenden Stellen in den letzten Monaten mehrfach die Beobachtung gemacht worden, daß zwischen französischen und deutschen Firmen Verträge abgeschlossen sind, die zwar rechnerungsmäßig stimmten, die aber doch den Versuch einer Bereicherung zum mindesten auf französischer Seite darstellten. Die Anregung zu dieser Untersuchung der Reparationsbestimmungen ist offenbar von französischer Seite gekommen. Die Untersuchung schwebt auf deutscher und französischer Seite noch. Vorläufig sind die verdächtigen Firmen von den Sachlieferungen ausgeschlossen. Die Frage einer strafrechtlichen Verfolgung dieser Firmen ist noch nicht geklärt.

## Das Kriegsschadenschlußgesetz vor dem Reichstagsausschuß.

Berlin. Der 22. Ausschuß des Reichstages, der die Entschädigungsfrage behandelt, ist am Mittwoch zusammengetreten, um über den Entwurf des Gesetzes zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden zu beraten.  
Der Ausschuß steht vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe. Er soll einmal die Rechte des Privatigentums aufrechterhalten, andererseits ist aber die volle Berücksichtigung der Geschädigten schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Masse, d. h. der deutsche Auslandsbesitz, verlorengegangen ist.  
Insgesamt sind rund 391 000 Schadensfälle zu entschädigen, darunter 61 000 Wertpapier Schadensfälle. Der Friedensersatz wird insgesamt auf rund 1,04 Milliarden geschätzt.

## Hochwasser und Treibeis infolge der Schneeschmelze.

Schwere Ueberschwemmungen am linken Elbeufer.  
Infolge der Schneeschmelze und der Regenfälle der letzten Tage sind am linken Elbeufer große Ueberschwemmungen eingetreten. Die Moore, die sonst ein großes Wasserreservoir bilden, sind tiefgefroren und daher nicht in der Lage, die Wassermaßen aufzunehmen. Kleine Moorschlüffe sind zu reißenden Bächen geworden, und die Bachläufer bilden große Seen.  
Die Elbe über einen Meter gestiegen.  
Auf der Elbe in der Nähe von Dömitz haben heute die Eisbrecher die letzte Eisbarre durchbrochen, so daß das Eis auf der Elbe nunmehr in Bewegung ist. Es herrscht jetzt besonders starkes Treibeis. Außerdem sind nach Befestigung der Oberhalb von Dömitz in der Nähe von Gleditz liegenden Eisbrecher große Wassermengen freigegeben, so daß die Elbe jetzt wieder über einen Meter gestiegen ist.

## Große Ueberschwemmungen in Schleswig-Holstein und Nordfriesland.

Infolge der Eis- und Schneeschmelze sowie der starken Regenfälle der letzten Tage ist in vielen Teilen Schleswig-Holsteins und Nordhannovers Hochwasser eingetreten. Viele Weiden und Felder sind überflutet. In verschiedenen Gegenden drang das Wasser bis in die Kellerräume, zahlreiche Ställe mußten geräumt werden. Im nordfriesischen Wattenmeer hat sich das Eis zu einer Höhe von mehreren Metern aufgetürmt, so daß die Eisjollenberge treiben mit Ebbe und Flut hin und her.

## Teilnennung über das Reichsschulgesetz.

Bei den Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien kam es zu einem Kompromiß über § 16. Dementprechend ist ein Antrag eingebracht worden, der folgende Fassung für den § 16 vorliest:  
1. Den Religionsgesellschaften ist unbeschadet des staatlichen Aufsichtsbereiches Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen erteilt wird. Die zuständigen oberen Stellen der Religionsgemeinschaften haben zu dem Zweck das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht, das nicht an den Ortsgeistlichen als solchen übertragen werden kann.  
2. Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber dem Religionsunterricht erteilenden Lehrern keine Befugnis der Dienstaufsicht.  
§ 16a: In den Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichtes in der Volksschule durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung verbleiben.  
Sachverständigen und Bayerische Volkspartei haben erklärt, daß sie für den Antrag stimmen werden. Die Vertreter der demokratischen Fraktion im Bildungsausschuß werden aber u. a. heutzutage, daß der § 16 überhaupt gestrichen wird.

## 150 Millionen Dollar für das amerikanische Flottenbauprogramm.

New York. Im Flottenbauausschuß des Repräsentantenhauses unterbreitete Marine-Sekretär V. B. Wilson ein Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre mit einer Gesamtausgabe von 150 Millionen Dollar. Das fünfjährige Programm sieht den Bau von 25 10 000-Tonnen-Kreuzern, 5 Flugzeugmutterjägern, 9 großen Zerstörern und 32 U-Booten vor.

## Die Kriegsgeschädigten-Verbände zum Kriegsschadenschlußgesetz.

Berlin. Im Kriegsschadenschlußgesetz des Reichstages kamen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für den Kampf von Kriegs- und Verdienungsbeschädigten zum Wort. Geheimrat Große vom Bunde der Auslandsdeutschen erklärte die grundlegenden Unterschiede zwischen der Liquidationsentschädigung und der Aufwertungsfrage. Die Wichtigkeit der Reichsregierung, die Ansprüche der Geschädigten durch ein unzulängliches Schlußgesetz zu befriedigen, müsse das Rechtsgemäß schwer erschüttern. Es werde zur Wehr vom Deutschtum führen und den Willen der Auslandsdeutschen zerören, für die Heimat wirtschaftlich tätig zu sein. Der Vertreter der hanseatischen Liquidationsgeschädigten, Dr. Bitter, hob hervor, daß das Gesetz kein Schlußgesetz sein dürfe.

## Der Reichsjustizminister über die Verreichlichung der Justiz.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach bei den Beratungen des Justizetats Reichsjustizminister Dr. Hergt über das Problem der Verreichlichung der Justiz. Den Gedankengängen, die eine Verreichlichung der Justizrechte des Reiches auf Kosten der Länder wollten, könne er sich persönlich nicht anschließen. Die dringendste Frage sei heute das Interesse von solchen Ländern, die notleidend und finanzschwach seien. Man gedente ihnen zu helfen durch Abtretung einer Teilhoheit der Länder auf das Reich auf dem Gebiet, auf dem gerade das Defizit in Erscheinung trete.  
Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Reichsjustizminister Dr. Hergt, die Verwaltungsreform könne nicht allein von Reich wegen, sondern nur im Benehmen mit den Ländern erfolgen. Der Minister besprach weiter die Frage einer einheitlichen Ausbildung der Juristen. Bezüglich der Freizügigkeit der Rechtsanwältinnen verhielten sich die Länder vielfach ablehnend. Auch in der Anwaltschaft sei die Auffassung geteilt. Der Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder liege im Reichstagsrat. Die Zivilprozessreform werde nach Fertigstellung der Deffentlichkeit unterbreitet werden.

## Ulrich Raueher, der „unverbesserliche Optimist“.

Es ist etwas unverständlich, wenn angesichts der täglichen Schikanen Polens gegen Deutschland der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Raueher, sich in einer Unterredung, die er einem Vertreter einer Warschauer Zeitung gewährte, als „unverbesserlichen Optimist“ bezeichnet, der die Hoffnung hat, daß sich die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen doch zu einem guten Einvernehmen entwickeln würden. Es scheint infolge der verlorenen Gefandten in Warschau den Blick für die Vorgänge verloren, die sich täglich in unseren östlichen Grenzmarken abspielen. Oder geht der Optimismus des Herrn Raueher so weit, daß er meint, Polen habe durch die letzte auffallend verächtlich klingende Rede seines Außenministers die politische Linie gegenüber Deutschland geändert? Das dem nicht so ist, dafür kann ihm Oberschlesien Beweise genug liefern, die ihm deutlich zeigen könnten, daß Polen systematisch die deutsche Minderheit in Oberschlesien schikanert und unterdrückt.

## Oberschlesiens Grenzkampf gegen Polen.

Calonder entscheidet zugunsten der deutschen Minderheit.  
Kattowitz. Wegen der Minderheitsschule in Brzezinka hatte der Deutsche Volksbund eine Beschwerde beim Minderheitenamt in Kattowitz eingereicht, die der Gemischten Kommission zur Erledigung überwiesen wurde. Der Sachverhalt ist folgender: Der Schulverband Brzezinka verfügt über drei Schulgebäude und zwar in Brzezinka, der Kolonie Larißch und in Morgi. Obwohl nun der weitaus größte Teil der Anmeldungen der deutschen Minderheitsschule aus Brzezinka, nur einige wenige aus Larißch und keine einzige aus Morgi stammten, hatte die Schulbehörde im Jahre 1925 die Eröffnung der Minderheitsschule statt in Brzezinka in Morgi angedordnet. Mit Rücksicht auf den weiten Schulweg — die beiden Ortschaften liegen mehrere Kilometer auseinander — hatten sich die Erziehungsberechtigten von Brzezinka geweigert, ihre Kinder nach Morgi zu schicken, so daß die Minderheitsschule bis heute tatsächlich nicht in Betrieb gesetzt werden konnte.  
Präsident Calonder hat jetzt entschieden, daß die Minderheitsschule in Brzezinka zu eröffnen sei. In der sehr ausführlichen Begründung wird ausgeführt, in Brzezinka sei genügend Platz vorhanden, zumal die dortigen Schulräume noch nicht einmal völlig ausgenutzt seien. Außerdem ergebe sich, daß die Minderheit durch die Unterbringung der Minderheitsschule in Morgi tatsächlich im Sinne des Artikels 75 der Genfer Konvention unzulänglich behandelt worden sei. Die zuständigen Behörden hätten deshalb der Minderheit in Brzezinka Schulräume zur Verfügung zu stellen.

## Zimmer neue polnische Schikanen.

Kattowitz. In höheren und mittleren Minderheitsschulen ist wiederum vier Lehrkräften von der Wohnschaft gekündigt worden. Die Kündigung von deutschen Lehrkräften ist völlig grundlos und wendet sich lediglich gegen die deutsche Minderheit, da ein Ersatz für die gekündigten deutschen Lehrkräfte nicht zu beschaffen ist.  
Da den kommenden Wahlen in Oberschlesien von polnischer Seite größte außenpolitische Bedeutung zugemessen wird und die Polen erneut deutsche Mehrheiten befürchten, versucht man mit allen Mitteln, die Deutschen von den Wahlen auszuschließen. Nach Einschneidung der jetzt ausliegenden Wahllisten ist festgestellt worden, daß in einzelnen Ortschaften Hunderte, ja sogar Tausende von Namen deutscher Wähler nicht angeführt sind.

## Der „Oberschlesische Kurier“ ist das erste Opfer des in Oberschlesien lebhaft beginnenden Wahlkampfes geworden.

Die Donnerstagsausgabe des „Kurier“ wurde wegen eines völlig loyalen Artikels, der sich mit dem Kräfteverhältnis der jüdischen Parteien in dem Warschauer Sejm und den Aussichten der Deutschen bei den kommenden Wahlen beschäftigt, beschlagnahmt.

## Unzureichende Staatshilfe für Ostpreußen.

Eröffnung des 63. Ostpreussischen Generallandtages. — Eine Rede des Oberpräsidenten Dr. Siegh.  
Königsberg. Am Donnerstag vormittag wurde in Königsberg der 63. Ordentliche Ostpreussische Generallandtag mit einer Rede des Oberpräsidenten Dr. Siegh als Generallandtagspräsident eröffnet. Der Oberpräsident führte dabei u. a. folgendes aus:  
Die ganz eigenartige Wirtschaftslage der abgegrenzten Provinz, die mit der keines anderen deutschen Landesteiles verglichen werden kann, hat zu einer Reihe von Maßnahmen der Reichs- und Staatsregierung geführt, die dazu bestimmt waren, eine Milderung der hieraus erwachsenden Schwierigkeiten Ostpreußens herbeizuführen. Aber ich bin mit der Generallandtagsbesitzung völlig einig darin, daß diese Hilfe noch lange nicht ausreichend war, um der ostpreussischen Wirtschaft über die erste Situation hinwegzuhelfen.  
Es scheint mir erforderlich eine möglichst weitgehende Umwandlung des teuren Personalfredits in möglichst billige Realcredits, eine Entzerrung der ostpreussischen Finanzen und eine gewisse Entzerrung der für die ostpreussische Landwirtschaft zurzeit in ihrem augenblicklichen Höhe nicht tragbaren Lasten, wie z. B. der Rentenbankgrundschuldsätze, der Schulkosten und der Kreisfinanzverhältnisse.  
Auch die Industrie- und Handelskammern externem durchaus an, daß in dieser Agrar-Provinz der Gehel vor allem bei der Landwirtschaft angelegt werden muß, wenn Handel, Industrie und Handwerk wieder entstehen sollen. Die zur erforderlichen Hilfe durch Reich und Staat gebitteten aber unsere Landwirtschaft nicht von der Pflicht, in erster Linie sich durch Selbsthilfe vorwärts zu bringen.  
Der Generallandtag sandte an den Reichspräsidenten, den Reichstagspräsidenten und den preussischen Landwirtschaftsminister Telegramme, in denen auf die Notlage Ostpreußens hingewiesen und gebeten wird, der Wirtschaftsnote durch wirkliche und schnelle Hilfe zu steuern.